

Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Sport und Integration
Herrn Staatsminister
Joachim Herrmann
80524 München
Rothenburg, den 21. Mai 2019

Offener Brief an Herrn Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und
Integration

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

Sie haben mich zum Empfang des Staatsministers am 25. Mai 2019 in Rothenburg ob der Tauber
eingeladen. Ich möchte ausdrücklich nicht teilnehmen.

Aus der Einladung geht, neben dem Adresszusatz "Kreisrätin", nicht näher hervor, was mir die Ehre
dieser Einladung verschafft. Neben meinem Kreistagsmandat habe ich mich auch ehrenamtlich für
Geflüchtete im Arbeitskreis Asyl Rothenburg engagiert.

Vor allem in dieser Funktion sehe ich mich nicht in der Lage, an einem prunkvollen Empfang
teilzunehmen, während die Staatsregierung tagtäglich unsere Bemühungen für Integration
erschwert, verhindert oder durch Abschiebung gut integrierter Menschen komplett zunichte macht.
Ich mache Ihr Ministerium dafür verantwortlich, dass es Geflüchtete in Bayern in vielen Bereichen
sehr viel schwerer haben als im Rest der Bundesrepublik. Als Beispiele nenne ich die besondere
Auslegung der Ausbildungsduldung, auf die hier kein Rechtsanspruch besteht sondern nach Ermessen
und Bleibeperspektive von den Ausländerbehörden oft zu Ungunsten der Integrationswilligen
entschieden wird. Insgesamt ist Ihre Politik in entscheidenden Punkten integrationsfeindlich:
Ich nenne die Einführung der sieben "Ankerzentren", die Sie in vorseilendem Gehorsam gegenüber
Bundesinnenminister Horst Seehofer schnellstmöglich umgesetzt haben, anders als alle anderen
Bundesländer, die erhebliche Nachteile für die Integration in diesem Konzept erkennen. Sie halten
nach wie vor unbeirrt daran fest und bezeichnen die Einführung sogar als Erfolg (Bayerischer
Rundfunk, 25.04.2019). Mir sind die Einrichtungen in Zirndorf und in Bamberg persönlich bekannt
und ich weiß deshalb aus eigener Erfahrung, dass dort keine oder nur äußerst wenig Integration,
sondern ausschließlich "Aufbewahrung" stattfindet. Experten sind sich einig, dass genau diese
Vorgehensweise auch zu Gewaltbereitschaft, Kriminalisierung und Radikalisierung führt.

Ich nenne die Verweigerung von Arbeits- und Ausbildungserlaubnissen für eine große Anzahl von
Asylbewerbern, die arbeitswillig sind, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und Steuern zahlen
möchten und darüber hinaus unter der Untätigkeit leiden oder sogar daran erkranken.

Ich nenne die verstärkte Abschiebung nach Afghanistan, die unnötig und unmenschlich ist.

Sie selbst werden in verschiedenen Medien zitiert, dass Sie jeden Fall auf unnötige Härte überprüft
sehen möchten und dennoch hören wir fast wöchentlich wieder von jungen Menschen, die aus
Schulen, Ausbildungsverhältnissen, Kreißsälen oder Krankenhäusern heraus zur Abschiebung
abgeholt werden. Ich selbst kenne persönlich Menschen aus Afghanistan, die im dritten
Ausbildungsjahr standen und am Morgen eines Abschiebefluges Besuch von den Spezialbeamten
bekamen - aus dem einzigen Grund, dass im Flieger noch Plätze für willkürlich zusammengesuchte
Ausreisepflichtige frei waren.

Auch hier im Landkreis sind viele mittelständische Unternehmer/innen der Meinung, dass die
bayerische Abschiebep Praxis unnötig und wirtschaftsschädlich ist, wie eine Unterschriftenaktion des
Integrationsbeauftragten des Landkreises gezeigt hat.

Darüberhinaus hat der Europarat nach einer Bestandsaufnahme des Anti-Folter-Komitees (CPT)

erhebliche Kritik an der Abschiebep Praxis geübt. Dabei war von "unverhältnismäßiger und unangemessener Gewaltanwendung" die Rede, von "Methoden, die bei den Betroffenen ein Erstickungsgefühl auslösten oder ihnen starke Schmerzen zufügten - etwa durch Quetschen der Genitalien" und anderen unmenschlichen Vorgehensweisen (Bayerischer Rundfunk, 09.05.2019) Weitere Beispiele gäbe es zu nennen, ich beende hier meine Ausführungen.

Mir ist die Komplexität der Thematik durchaus bewusst. Ich beziehe mich mit diesem Brief ausdrücklich auf die signifikant unterschiedliche Vorgehensweise des Freistaates Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern, welche große Unsicherheit, Frust und Motivationsverlust sowohl bei Migranten als auch bei haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern auslöst. Ich appelliere an Sie und die gesamte bayerische Staatsregierung hier einen Richtungswechsel vorzunehmen, der den christlichen und humanistischen Grundwerten Ihrer Partei und unseres Landes entspricht. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer schönen Stadt Rothenburg ob der Tauber.

Hochachtungsvoll
Heidi Schilling